. 244. 46. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Montag, 14. Mai 1917

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Heftige Artillerietätigkeit an der Westfront.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Küste, im Ypern- und Wytschaete-Bogen nahm Artillerietätigkeit zeitweise zu.

Nachdem das starke Artilleriefeuer auf dem Kampffeld von Arras tagsüber stellenweise nachgelassen hatte, setzte es abends zwischen Lens und Quéant mit neuter Heftigkeit ein. Englische Teilvorstöße bei Oppy und Fampoux scheiterten. Die Kämpfe bei Bullecourt wurden mit Erbitterung fortgesetzt. In zähem Ringen behaupteten wir die Trümmerstätte des Dorfes gegen mehrere feindliche Angriffe.

In St. Quentin wird die Zerstörung durch Beschießung des Feindes täglich größer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne-Front ist die Lage unverändert. In der Champagne erreichte der Artilleriekampf besonders zwischen Prunay und Auberive beträchtliche Stärke.

Der Feind verlor am gestrigen Tage 12 Flugzeuge und 1 Fesselballon. Leutnant Wolff schoß seinen 30., Leutnant Frhr. v. Richthofen seinen 24 Gegner ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Geringe Gefechtstätigkeit.

Mazedonische Front.

Zwischen Prespa-See und Vardar blieb die Artillerietätigkeit lebhaft. An einzelnen Stellen gegen unsere Linien vorgehender Feind wurde abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Neue U-Boot-Erfolge im Atlantischen Ozean

Wieder 22 000 Tonnen Frachtraum versenkt.

Amtlich. Berlin, 14. Mai. (W. T. B.)

Neue U-Boot-Erfolge im Atlantischen Ozean: 5 Dampfer, 1 Segler, 2 Fischdampfer mit 22 000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. folgende: Englischer Dampfer „Whitkleard" (4136 Tonnen), Ladung Salpeter, und „Patagonier" (3832 Tonnen), die englischen Fischdampfer „Narcith Hallie" und „Nestor", italienischer Dampfer „Giuseppe Accama" (3224 Tonnen), Ladung 3800 Tonnen Mais, von Rosario nach Genua. Der versenkte Segler führte etwa 2500 Tonnen Mais nach England.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Kriegsziel-Interpellationen der Konservativen und der Sozialdemokratie

werden in der morgigen Sitzung des Reichstags, wie wir hören, von den Abgeordneten Dr. Rösicke und Scheidemann begründet werden. Ob sich daran eine Aussprache der Parteien schließen wird, ist noch durchaus zweifelhaft. Die Fortschrittliche Volkspartei, das Zentrum, die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei werden auf keinen Fall dafür stimmen, selbst in den Kreisen der Konservativen sind die Meinungen durchaus geteilt, und so ist es nicht ausgeschlossen, daß morgen nach der Erklärung des Reichskanzlers eine Mehrheit gegen die Besprechung der Interpellationen stimmen wird.

*

Der Verfassungsausschuß des Reichstags wird, wie wir hören, zwei Tage vor der Wiederaufnahme der Plenarsitzungen des Reichstags seine Beratungen wieder beginnen. Zunächst sollen vorerst nur die beiden schriftlichen Berichte des Zentrumsabgeordneten Gröber und des Fortschrittlers Dr. Müller-Meiningen entgegengenommen werden. Von den Erklärungen der Regierung zu den Beschlüssen wird es abhängen, ob der Ausschuß noch eine zweite Lesung vornimmt. Auf alle Fälle sollen aber die bereits jetzt gefaßten Beschlüsse dem Plenum des Reichstags zur Beratung überwiesen werden. Getrennt davon will der Ausschuß dann die Wahlrechtsfrage in den einzelnen Bundesstaaten, vor allem in Preußen und Mecklenburg, behandeln.

Da das Herrenhaus infolge der zahlreichen Anträge zum Wohnungsgesetzentwurf vor der Vertagung des Landtages bis zum Herbst keine Beschlüsse über das Wohnungsgesetz im Plenum fassen wird, wird das Abgeordnetenhaus nicht mehr in die Lage kommen, eine weitere Maßnahme abzuhalten. Infolgedessen kommen auch die fortschrittlichen Interpellationen über die Wahlrechtsfrage zunächst nicht zur Beratung. Die Fortschrittliche Volkspartei gedenkt daher, auf dem zum 9. und 10. Juni nach Berlin einberufenen Preußentage die Wahlrechtsfrage eingehend zu erörtern.

Borgbjerg über seine Verhandlungen in Petersburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

b. Stockholm, 14. Mai.

Borgbjerg hat vor seiner Abreise nach Kopenhagen der Stockholmer internationalen Sozialistenkonferenz über seine Petersburgreise Bericht erstattet, dem mit größtem Interesse zugehört wurde. Der Korrespondent des „Vilag" interviewte hierauf Borgbjerg, der ihm mitteilte, daß Vandervelde, nachdem er sich mit den Teilnehmern der hiesigen Konferenz vertraut gemacht hatte, amtlich erklärt habe, daß er die Stockholmer Konferenz gutheiße und dahin wirken werde, daß Frankreich und England sich an der Konferenz beteiligen. Auf die Frage, ob der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat versucht habe, sich über die positiven Grundlagen des vorgelegten Friedensvorschlages zu informieren, antwortete Borgbjerg, im Rate selbst habe niemand gefragt, weil schon vorher Tscheidze, Kerenski und Skobelew hierüber gefragt hätten, und Borgbjerg ihnen alles mitgeteilt habe. Im Rate seien alle Fraktionen vertreten. Borgbjerg habe den Eindruck gehabt, daß keiner in Rußland richtig informiert sei. Neutrale Zeitungen trafen dort mit zwei Wochen Verspätung ein. Jedoch habe Borgbjerg mit dem Rate neue Verbindungen vereinbart. Der Rat habe sich zensurfreien brieflichen und telegraphischen Verkehr erzwungen. Seine Telegrammadresse lautete „Sovjet Petersburg". Der Soldatenrat habe selbstverständlich nach den Friedensbedingungen der deutschen Regierung gefragt. Borgbjerg habe geantwortet, er habe keine Ahnung von den Bedingungen Deutschlands. Ein Genosse im Rate fragte, ob auch die bürgerlichen Parteien in Deutschland dieselben Kriegsziele wie die Sozialistenmajorität haben. Borgbjerg antwortete, er wisse, daß auch nicht ganz unbedeutende liberale Parteien für einen solchen Frieden seien. Skobelew sagte u. a. zu Borgbjerg, noch nie sei soviel gelogen worden, wie jetzt. Es sei unwahr, daß sich Lenin gegen Skobelew und Scheidemann erklärt habe. Ueber die Stockholmer Konferenz sagte Skobelew, daß, wenn nur ein einziges Land oder auch nur eine Fraktion ausbleiben würde, die ganze Konferenz verfehlt sei.

Die Wirren in Rußland.

Lenin für den Verteidigungskrieg bis zur Aufrichtung der proletarischen Macht. — Die Haltung Gorkis.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

b. Stockholm, 13. Mai.

Es ist bezeichnend, daß bei der allgemeinen Vertreterversammlung der Bolschewiki (d. i. der linke sozialistische Flügel) in Petersburg Lenin und seine Anhänger einstimmig ins Präsidium gewählt wurden. In seinem Referate über die gegenwärtige Lage erklärte Lenin, daß der Krieg zu keinem Abschlusse kommen werde, wenn bloß einer der Kämpfer seine Waffen niederlegt, man müßte den Krieg als Verteidigungskrieg führen, bis das Proletariat die Macht in allen Staaten erreicht hat. In Rußland sei die Macht bereits vollständig in die Hände des Proletariats übergegangen und die Interimsregierung könne sich einzig und allein durch die Hilfe eines Teiles des Proletariats halten, dem das Selbstbewußtsein fehle. Der Klassenkampf brauche mithin zu keinem direkten Revolutionskampfe zu führen, es genüge vielmehr, die Schädlichkeit dieser falschen Unterstützung aufzudecken. Das „Nowoje Wremja" schreibt über die Proklamation der Duma, die eine Koalitionsregierung des Dumakomitees wünsche, und weist auf die Unmöglichkeit einer Situation hin, in der die Verantwortung auf einem Machtorgan ruht, während die Macht einem anderen zukommt. Die provisorische Regierung kann vor dem Volke nur unter der Voraussetzung verantwortlich sein, daß ihr auch die Macht voll und ganz zu Gebote steht. Dies sei eine Wahrheit, die keines Beweises bedürfe. Nur ein blindes Spiel der Ereignisse konnte zu einer Situation führen, in der man gezwungen wurde, an dieses Aktion zu erinnern. Das Dumakomitee wurde von der Revolution vorgeschoben. Ohne dieses Komitee wäre bloß die alte Regierung gestürzt, aber keine neue an deren Stelle gekommen.

Gorki schreibt in der „Nowaja Schizn": „Kann die Interimsregierung in Anbetracht des völligen Umschwunges in der äußeren Politik eine richtige Lösung finden, so schwindet die Krisis von selbst, oder wenn sie bloß eine Rettung der Situation in einer Erweiterung der Macht auf Kosten der demokratischen Elemente sucht, so gerät sie auf einen falschen, unfruchtbaren Weg. Es ist zu befürchten, daß die Interimsregierung sich auf falschem Wege befindet. Jeder Gedanke einer Koalitionsregierung muß von uns energisch zurückgewiesen werden. Keine einzige demokratische Organisation darf die Gewalt dem Kabinett Miljukow überlassen, wir kommen auf diesem Wege nicht vorwärts. Auch kommen die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse dort nicht zum Ausdruck. Kommt ein Koalitionsministerium zustande, so muß es ein solches sein, das die Aufgabe, den Weltkrieg zu liquidieren, lösen kann. Dieses Ministerium muß rein von allen Elementen sein, die sich nicht in vollem Umfang dem auswärtigen Programme der Demokratie anschließen. Der Einfluß der demokratischen Mitglieder muß in entsprechenden Verhältnisse zur gegenwärtigen Stärkeverteilung im Lande stehen und derart ausgeübt werden, daß die auswärtigen und innerpolitischen Aufgaben Rußlands durch die Rücksichtnahme auf die Forderungen der Aufgaben der Revolution eng umschrieben werden.

Der parlamentarische Wiederaufbau in Oesterreich.

Von unserem Sonderberichterstatter

Dr. Leo Lederer.

L. Wien, Mitte Mai.

Krankheit und Tod ruhten zweieinhalb Jahre lang in den Räumen des österreichischen Parlaments, die in Lazarettsäle verwandelt waren. Die Schwestern vom Roten Kreuz sind tröstend und lindernd durch die taulengeschmückten Säle des festlichen Gebäudes geschritten, das Hansen der Volksvertretung Oesterreichs im Stile des alten Griechenland erbaut hat. Nun wird das Haus seiner Bestimmung und seiner großen Aufgabe zurückgegeben. Die Krankenlager und -räume, der Frühlingswind jagt durch die geöffneten Fenster den betäubenden Karbolgeruch ins Freie, und die hellen Hammerschläge der Zimmerleute hallen durch das Haus. Langsam schwinden die Spuren der Verwüstung.

Aber nicht nur vor den Türen der Beratungssäle lagern Schutt und Späne, auch das ganze parlamentarische Leben Oesterreichs muß aus den Trümmern der Katastrophe wiederauferstehen, die dieser Weltkrieg über ganz Europa gebracht hat. Auch da muß Zerstörtes fortgeräumt, muß Zerbrochenes wiederhergestellt und neu aufgerichtet werden.

Man ermesse, rückwärts schauend, einen Augenblick, was es bedeutet: ein Reich von neunundzweiundzwanzig Millionen ist in dem wichtigsten Abschnitt seines Lebens ohne Vertretung und ohne Selbstbestimmung, ist vollkommen von dem Willen und dem Können einiger weniger abhängig gewesen. Es hat eine Milliardenschuld übernommen, es hat die besten seiner Söhne hingegeben, und es hat nicht die Möglichkeit gehabt, seinen Wünschen, seinem Fühlen und seinem Denken im Parlament oder durch die Presse Ausdruck zu verleihen. Gewiß, es hat für seinen eigenen Bestand geblutet und bezahlt. Es soll auch nicht geleugnet werden, daß es in einem Nationalitätenstaat nicht leicht und nicht in jedem Augenblick möglich gewesen wäre, die notwendige Uebereinstimmung über Mittel und Ziele zu erreichen, die der Kampf für den Bestand des Reiches, für das Gesamtinteresse seiner Nationen verlangte. Aber die passive Resistenz, die die Regierung Stürgkh betrieb, hat nicht geringeren Schaden angerichtet, und die Knebelung der Presse, in der man sich gefiel, ist über jedes halbwegs begreifliche Maß weit hinausgegangen.

Das ist die Atmosphäre, in der die Abgeordneten Oesterreichs zu neuer Tätigkeit zusammentreten sollen, nachdem man sie im Frieden des Frühjahrs 1914 nach Hause geschickt hat. Dazu kommt, daß auch die persönlichen Beziehungen zwischen den Parteien drei Jahre lang unterbrochen gewesen sind und langsam wieder angeknüpft werden müssen. Wenn die Regierung gleichwohl die Hoffnung hegen kann, allzu heftige Auseinandersetzungen ausschalten zu können, so hat sie das vor allem zwei Umständen zu verdanken: der befriedigenden militärischen Lage und der allgemeinen Uebereinstimmung, die zwischen Volk und Regierung in der Frage der Kriegsziele herrscht.

Um den Beratungen des Hauses wenigstens einigermaßen einen ruhigen Verlauf zu sichern, soll zunächst seine Geschäftsordnung einer Neubearbeitung unterzogen werden. Niemand wird leugnen können, daß die bestehende Geschäftsordnung des österreichischen Reichsrats tatsächlich dringend einer Reform bedarf. Mit Entsetzen erinnern sich alle Volkskreise der wilden Szenen, deren Schauplatz das Abgeordnetenhaus schon im Frieden gewesen ist, der jahrelangen Obstruktion, der die Geschäftsordnung einen Damm nicht setzen konnte. Was aber soll das Ziel der Neubearbeitung sein? Die Regierung hat eine Geschäftsordnung fertiggestellt, die mit drakonischen Mitteln, mit weitgehender Ausschließung der Abgeordneten von den Sitzungen und Einführung einer Parlamentswache Widerspenstige unter Umständen mit Gewalt aus dem Saal entfernen sollte. Der Ausschuß, den die Parteien jetzt zur Beratung über die neue Geschäftsordnung eingesetzt haben, damit ein derartiger einverständlich aufgestellter Entwurf gleich in den ersten Sitzungen des Hauses zur Annahme gelangen könne, ist der Regierung auf diesem Wege mit Recht nicht gefolgt. Er ist im allgemeinen davon ausgegangen, daß die Lebensfähigkeit eines Parlaments nicht durch eine strafe Geschäftsordnung sichergestellt werden kann, sondern auf den Willen der Abgeordneten zu fruchtbringender Arbeit beruhen muß, daß der Terrorismus des einzelnen, nicht aber die sachliche Opposition der Minderheit ausgeschaltet werden soll. Aus diesen Gründen soll auch auf die Schaffung einer Parlamentswache, für die Monarchie die unerfreuliche Erfindung des Grafen Tißza, verzichtet werden. Denn ein Parlament, aus dem erst einmal die Parlamentswache dreißig oder vierzig Mitglieder hinausgeworfen hat, könnte vor den Augen Europas ohnehin nicht weiter bestehen. Der Reichsrat wird also wohl die Ordnungsgewalt seines Präsidenten vermehren, im übrigen aber sich darauf beschränken, einen Mißbrauch der Ge-